STADT NEUSS

BESCHLUSS-NIEDERSCHRIFT

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	SITZUNGSDATUM
Öffentlich	5/16 Sozialausschuss	26.08.2015

TO-PUNKT UND GEGENSTAND DER BERATUNGEN

TAGESORDNUNG

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 3 Beschlusscontrolling

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 4 Konzept zum bezahlbaren Wohnraum in Neuss 2030
Hier: Punkt 17 des Änderungsantrages der SPD zur Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung zusammen mit dem Sozialausschuss am 26.02.2015

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 5 Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr.: Ratsdokumente, Antragsunterlagen und Broschüren der Stadt Neuss in "Leichter Sprache"

Anfragen

TOP 6 Anfrage der FDP-Fraktion Neuss vom 20.08.2015 betr.: Artikel in der NGZ vom 29.07.2015 "Städte kürzen Flüchtlingen Geld"

TOP 7 Bericht zur aktuellen Lage der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 8 Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer mit Duldung

TOP 9 Künftiger Standort Seniorenforum Neuss

TOP 10 Sozialmonitoring - Aktueller Sachstand Fortschreibung 2013

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 5/16, Sozialausschuss	Sitzungsdatum 26.08.2015

NIEDERSCHRIFT

Teilnehmer

5. Sitzung des Sozialausschusses
am: Mittwoch, 26. August 2015
Ort: Ratssaal - Rathaus

Dauer: 17:00 bis 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Herr Kullick, Karlheinz (SPD)

Rats-/Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter:

CDU

Betz , Dagmar	Mitglied (s.B./s.E.)
Beyen , Waltraud	Mitglied
Kaumanns, Thomas	Mitglied
Kilb, Anna Katharina	Mitglied
Knipprath, Rolf	stellv. Mitglied
Lambertz , Patrick	Mitglied (s.B./s.E.)
Langer, Eva-Bettina	Mitglied (s.B./s.E.)
Sahnen , Heinz	Mitglied
Violett-Puder, Marion	Mitglied (s.B./s.E.)
von Nollendorf , Ursula	stellv. Mitglied

SPD

Föhr , Claudia	Mitglied
Graefe-Henne , Susanne	Mitglied (s.B./s.E.)
Kehonjic-Thiede, Mirza	stellv. Mitglied
Kullick , Karlheinz	Vorsitzender
Schweers-Wittkowski , Ute	Mitglied (s.B./s.E.)
Temel, Hakan	Mitglied
Thiel, Heinrich	Mitglied

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Buhn, Heike	stellv. Mitglied (s.B./s.E.)
El Boustami, Ghalia	Mitglied

FDP

Dr. Pavlik, Jana	Mitglied
Dr. med. Verfürth, Hermann Josef bis 19.05 Uhr	Mitglied

DIE LINKE

Cziesla, Vincent	Mitglied

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 5/16, Sozialausschuss	Sitzungsdatum 26.08.2015

AfD

Weinert, Karin bis 19.10 Uhr		Mitglied (s.B./s.E.)

UWG-Neuss / fraktionslos

Thiel, Carsten		Mitglied

Beratendes Mitglied des Integrationsrates

Custic , Sabit			

Beauftragter für Menschen mit Behinderungen

Fischer, Max		CDU

Verwaltung:

Beigeordneter Hahn, Stefan Oebel, Hans-Peter		Dez. 3 Amt 50
Goertz, Ernst		Amt 50
Hages, Jürgen		Amt 50
Lippe, Sandra		Amt 50
Schlösser, Hans		Amt 50
Schumacher, Andrea		Amt 50
Murmann, Hermann		Amt 32

Schriftführung:

Kronhof, Imke		Amt 50

Zuhörer:

Aron, Harry Frau Braun		SPD Sozialdienst kath. Frauen
Erdogan, Ozan		Integrationsrat
Fayaz, Nilab		
Herr Hein		Caritasverband
Hoff, Hugo		Stadtverordneter
Hüls, Elisabeth		CDU
Uersfeld, Werner		CDU
weitere Zuhörer		
Genath, Susanne		Presse (NGZ)

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Die Tagesordnung wird genehmigt.

Die Niederschrift wird von Herrn Stv. Sahnen mit unterzeichnet.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Herr Kullick stellt fest, dass Frau Holt, die die Niederschrift als Ausschussmitglied neben ihm und der Schriftführerin mit unterschreibt, nicht anwesend ist. Auch Frau Benary-Höck, die Vertreterin habe sich entschuldigt. Daher bittet er um Vorschläge, wer anstelle der vorgenannten Personen die Niederschrift mit unterzeichnen soll.
Herr H. Thiel schlägt Herrn Sahnen vor. Dieser wird einstimmig gewählt.

TOP 3 Beschlusscontrolling

Beschluss
Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Herr Oebel erklärt, dass im Sozialausschuss am 26.02.2015 nachfolgender Beschluss gefasst wurde:

„Bündnis 90/Die Grünen und die CDU beantragen, dass die Stadt Neuss prüfen möge, ob und welche Fördergelder des Landes NRW, des Bundes oder auch der EU – es zur Förderung von sozialen Strukturen in Quartieren in Neuss gibt und diese gegebenenfalls für Projekte vor Ort abgerufen werden können."

Dieser Auftrag wurde von der Verwaltung noch nicht abschießend geprüft; weil auf Grund der Flüchtlingssituation andere Prioritäten gesetzt werden müssten. In einer der nächsten Sitzungen werde berichtet.

Herr Cziesla fragt, ob aus der Sitzung vom 26.02.2015, der Beschluss zu TOP 5: Konzept „Zentrale Fachstelle Wohnen":

„Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Personalsituation in der „Hin- und Herberge" zu überprüfen. Das Ergebnis incl. einer Auflistung der Zahl der im Jahr 2014 abgewiesenen Übernachtern ist dem Sozialausschuss mitzuteilen."

schon erledigt wurde?

Herr Oebel antwortet, dass die Antwort bereits der Niederschrift zu der Sitzung vom 26.02.15 als Anlage Nr. 3 beigefügt wurde.

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 4

Konzept zum bezahlbaren Wohnraum in Neuss 2030
Hier: Punkt 17 des Änderungsantrages der SPD zur Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung zusammen mit dem Sozialausschuss am 26.02.2015
BDG 2-2015 - 2

Beschluss
Der nachfolgende Beschlussvorschlag wird abgelehnt:
„Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein „Neusser Bündnis für Wohnen" zu initiieren, in dem die Umsetzung der vorgenannten Vorschläge diskutiert und zu den im Gutachten genannten Maßnahmen konkrete Vorschläge für wohnungspolitische Instrumente und Projekte entwickelt werden."

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt

15 Nein-Stimmen
7 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Diskussion

Herr Kullick erläutert den bisherigen Beratungsverlauf.

Herr Temel findet es gut, dass es bereits einen Zusammenschluss von Akteuren gibt, die sich mit dieser Thematik befassen. Die Einrichtung des „Bündnisses für Wohnen“ würde die Wichtigkeit des Themas unterstreichen und es würde auch eine Kontinuität der Behandlung dieses Themas sicherstellen. Daher bittet er um Zustimmung für diesen Antrag.

Herr Kaumanns erklärt, dass, wenn man etwas beantrage was es schon gibt, man dies einen „Schaufensterantrag“ nenne. Es gebe bereits ein Netzwerk zum Thema Wohnen und dies sei ausreichend. Die CDU Fraktion werde den Antrag zur Schaffung eines neuen Gremiums ablehnen. Er spricht die Empfehlung aus, dass in das „Netzwerk Wohnen“ auch die Sozialverbände mit eingebunden werden. Bei konkreter Arbeit in den Stadtteilen könnten weitere Akteure, die in diesen Bereichen aktiv seien, mit eingebunden werden. Dies solle aber im konkreten Fall entschieden werden.

Frau Beyen führt aus, dass sich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht nur auf die Stadt Neuss beschränken dürfe. Auch die umliegenden Kommunen müssten aktiv werden. Sonst könne der Fall eintreten, dass Bürger anderer Städte nach Neuss ziehen, da es hier billige Wohnungen gebe und sich für die Neusser Bürger keine Verbesserung der Situation ergeben würde.

Frau Föhr sieht in Bezug auf den Zuzug von Personen aus anderen Gemeinden auch noch einen anderen Faktor. Um die Bevölkerungszahl der Stadt Neuss stabil zu halten, sei man auf den Zuzug von Leuten nach Neuss angewiesen.

Frau von Nollendorf ergänzt die Aussage von Frau Beyen. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Herr Geisel, spricht bei bezahlbarem Wohnraum von einem Mietpreis von 6,50 € pro Quadratmeter. Auch dies sei für viele Personen zu viel; diese würden sich dann in Nachbargemeinden umsehen.

Frau Kilb erklärt, dass die Diskussion über zwei Themenbereiche geführt werde. Unter diesem TOP gehe es um die Einrichtung eines „Neusser Bündnisses für Wohnen“. Auch sie hält das bestehende „Netzwerk Wohnen“ für ausreichend.

Herr Sahnen macht darauf aufmerksam, dass für eine ausreichende Anzahl an bezahlbaren Wohnungen Bauland und Baurecht benötigt werde. Darum müsse man sich zuerst kümmern.

Herr Cziesla, Frau El Boustami und Herr Carsten Thiel erklären für ihre Fraktion, dass sie den Antrag ablehnen werden.

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 5

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr.: Ratsdokumente, Antragsunterlagen und Broschüren der Stadt Neuss in "Leichter Sprache"
SOZ 15-2015

Beschluss

1. Der Sachstandsbericht zum Thema „Leichte Sprache“ in der Verwaltung der Stadt Neuss wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine **verwaltungsweite Konzeption** zur Umsetzung einer möglichst umfassenden Barrierefreiheit von schriftlichen Informationen, insbesondere unter dem Aspekt der Leichten Sprache, aber auch unter Berücksichtigung weiterer Aspekte der Barrierefreiheit zu erstellen. Diese soll folgende Differenzierungen enthalten:

   a) Unterschiedliche Informationswege / Medien
   (gedruckte Materialien / über das Internet zur Verfügung gestellte Dokumente) sowie die grundsätzliche Gestaltung des gesamten Internetauftritts der Stadt Neuss.

   b) Art und Verbindlichkeit der Informationen,
   (z. B. allgemeine Informationen und Broschüren, Bürgerbriefe, Antragsformulare, Sitzungsprotokolle, Bescheide etc.)

   c) Darstellung unterschiedlicher Lösungsmöglichkeiten
   (z. B. vollständige Übersetzung, ergänzende Informationsblätter etc.)

   d) Benennung der jeweils verwaltungsintern zuständigen Akteure

   e) Benennung der mit den verschiedenen Lösungen verbundenen Kosten
   (Übersetzungen, Schulung von Mitarbeitern etc.) bzw. der für eine nachhaltige Umsetzung ggf. benötigten weiteren Ressourcen

   f) Zeitplan und Prioritäten

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Herr Cziesla erklärt, dass der Rat der Stadt Neuss seinem Antrag im Grundsatz zugestimmt hat. Er bedankt sich für den Bericht der Verwaltung und hofft, dass der Beschlussvorschlag von allen Mitgliedern mitgetragen werde. Es handle sich bei der „Leichten Sprache um ein Menschenrecht. „Leichte Sprache“ verschaffe mehr Menschen den Zugang zur Verwaltung.

Auch Herr Fischer zeigt sich sehr erfreut. „Leichte Sprache“ ist ein Teil der Barrierefreiheit. Kurze Sätze und keine Fremdworte seien ein Teil der „Leichten Sprache“. Man müsse in dem Zusammenhang auch die Darstellung im Internet im Auge haben und auch die Wegweisung im Rathaus überprüfen. Herr Fischer gibt zu bedenken, dass differenziert werden müsse, wo „Leichte Sprache“ sinnvoll ist und wie sie umgesetzt wird. Ansonsten könne leicht eine Überforderung entstehen. Das Protokoll des Sozialausschusses sollte auch in leichter Sprache verfasst werden.

Alle Mitglieder des Sozialausschusses sprechen sich für die zusätzliche Erstellung der Niederschrift in leichter Sprache aus. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Herr H. Thiel erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den Beschlussvorschlag unterstützen werde. Auch er teilt die Auffassung, dass bei der Umsetzung differenziert werden müsse. Vor allem werden rechtliche Vorgaben nicht in jedem Fall eine Umsetzung zulassen.

Herr Hahn sieht in diesem Projekt eine Herausforderung, die das Amt für Soziales, Wohnen und Rettungswesen gerne annehmen werde. Ziel könne sicher nicht die Perfektion sein. Zuerst einmal müsse man Grundlagenarbeit betreiben; was gibt es schon, wo ist es sinnvoll und wie wird es in anderen Städten gemacht. Er könne sich vorstellen zuerst einmal einzelne Broschüren etc. zu ergänzen. Als Beispiel führt er die Zeitung der GWN an. Dort werde zu jedem Thema in einem separaten Kasten in leichter Sprache erklärt, worum es geht. Wichtig sei es die Mitarbeiter zu sensibilisieren und Ihnen Zeit zu geben.

Frau von Nollendorf fragt, wie viel Personal für die Umsetzung nötig sei und welche Kosten entstehen werden?

Herr Hahn hofft, dass die Umsetzung nicht mit einem so großen Aufwand verbunden sei. Wichtig sei vor allem ein Umdenken.

Frau Schweers-Wittkowski regt an, grundsätzlich keine Fremdwörter zu benutzten. Wenn dies nicht vermieden werden könne, sollten sie in einem Klammerzusatz erläutert werden.
Man solle bevor neue Broschüren etc. gedruckt werden, die Entwürfe ggf. durch die Wohlfahrtsverbände in der Praxis testen lassen.

TOP 6 **Anfragen**

Anfrage der FDP-Fraktion Neuss vom 20.08.2015 betr.: Artikel in der NGZ vom 29.07.2015 "Städte kürzen Flüchtlingen Geld"
SOZ 18-2015

Die Beantwortung der Anfrage lag den Mitgliedern des Ausschusses vor, diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

TOP 7 **Bericht zur aktuellen Lage der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen**
IR 47-2015

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Diskussion

Herr Hahn erläutert die aktuelle Situation und zeigt auf, wie sich in den letzten Wochen die Zahl der Flüchtlinge gesteigert habe. Das Land sei auf einen so großen Ansturm nicht vorbereitet gewesen. Dies zeige auch die kurzfristige Verpflichtung von Städten, wie z.B. Dormagen. Diese Stadt habe sehr kurzfristig, innerhalb von 8 Stunden, eine Landesaufnahmeeinrichtung schaffen müssen.
Die Prognose, dass in diesem Jahr mit 800.000 Flüchtlingen zu rechnen sei, wird auch dazu führen, dass die Zuweisungen in die Kommunen steigen werden.

In den letzten 2 Jahren hat es die Stadt Neuss geschafft keine zusätzlichen Zuweisungen zu bekommen. Dies hat sich letzte Woche mit der Zuweisung von 21 Personen geändert. Die Kalkulation von 50 Zuweisungen pro Monat wird sich auf Grund der steigenden Flüchtlingszahlen ggf. verdoppeln. Zwei Dinge sind für die Stadt Neuss von Vorteil, dadurch dass wir rechtzeitig reagiert haben konnten anerkannte Flüchtlinge in normalem Wohnraum untergebracht werden und dadurch wurden Plätze in den Übergangseinrichtungen frei. Jetzt ist es gelungen die Aufnahmeplätze in der Landeseinrichtung um 200 auf 700 Plätze zu erhöhen. Dadurch werden die Zuweisungszahlen nicht so extrem steigen. Trotzdem werden zusätzliche Unterbringungsstandorte benötigt. Der Standort am Nordparkbad wird Ende Oktober-Anfang November zur Verfügung stehen. Auch der Standort am Südpark muss umgehend aktiviert werden. Mit den Wohlfahrtsverbänden und den Rettungsorganisationen gebe es demnächst wieder Gespräche bezüglich der Betreiberfrage.
Geprüft werde auch, ob die Landeseinrichtung noch einmal vergrößert werden könne, damit keine Turnhallen belegt werden müssten. Aber je nach Entwicklung könne man auch dies nicht ausschließen. Im Gegensatz zu anderen Städten sei die Situation in Neuss gut, damit dies so bleibe brauche die Verwaltung auch den Rückhalt in Politik und Gesellschaft.

Der Ratsbeschluss, in den Stadtteilen bezüglich der Schaffung von Übergangseinrichtungen Informationsveranstaltungen durchzufahren, werde umgesetzt. Die ersten 8 Veranstaltungen hätten stattgefunden. Es sei geplant, wöchentlich eine Infoveranstaltung durchzuführen. Herr Hahn erklärt, dass er positiv überrascht über die Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sei. Man dürfe aber auch die Sorgen und Vorbehalte nicht übersehen. Oftmals würden diese aber an einem Informationsdefizit liegen. Alle Beteiligten seien gefordert das Möglichste zu tun um mit dieser Situation fertig zu werden.

Auch im Stadtteil Selikum sei die grundsätzliche Bereitschaft eine Einrichtung mitzutragen vorhanden. Über den konkreten Standort gebe es unterschiedliche Auffassungen. Es sei kein einfaches Gespräch gewesen. Das durch die Berichterstattung einiger Medien aufgebaute Image, dass man in diesem Stadtteil hartherzig sei, könne er nicht teilen. Ihm sei es wichtig, dies an den Ausschuss weiterzugeben.

Die Personalsituation bei der Verwaltung sei sehr belastet. Die Willkommenskultur beinhaltet auch, dass es an anderen Stellen in der Verwaltung dann nicht „so ganz rund läuft“.

Herr Kullick zeigt sich erfreut über die positiven Rückmeldungen aus den Stadtteilen.

Herr Temel begrüßt den offensiven Umgang mit diesem Thema. Eine Belegung von Turnhallen halte er nur im äußersten Notfall für vertretbar. Eine Nutzung des Abschiebegefängnisses an der Grünstraße sollte nicht erfolgen. Viele Flüchtlinge seinen traumatisiert.

Herr H. Thiel fragt, ob die Anfang des Jahres mitgeteilte Aufstockung des Personals bei der Stadt Neuss um 4 Personen umgesetzt wurde und ob eine weitere Personalaufstockung vorgesehen sei?

Herr Hahn antwortet, dass erst 1,5 Stellen besetzt seien; es sei schwierig geeignetes Personal zu finden, der demografische Wandel mache sich bemerkbar. Ob eine weitere Personalaufstockung erforderlich sein könnte, hänge auch von den weiteren Zuweisungen an die Stadt Neuss ab. Man werde dann zeitnah reagieren.

Auf die Frage von Frau Schweers-Wittkowski, wie viele Personen konkret der Stadt Neuss zugewiesen werden und wo sie untergebracht werden, antwortet Herr Hahn, dass es keine konkreten Zahlen gibt. Die Stadt Neuss könne nicht sagen wie viele Personen kommen, wir haben keinen Einfluss. Der Wunsch der Bevölkerung zu wissen, was auf sie zukommt, sei verständlich. Wichtig für die Entwicklung der Standorte sei die Baugenehmigung. Es gebe viele Standards im Baubereich die die Umsetzung behindern würden. Die Turnhallenbelegung sei ein Auswuchs dessen. Die gesamten Sicherungsvorschriften führten zur Verlangsamung von Prozessen. Herr Hahn sagt zu, dass so bald die Realisierung eines Standortes klar sei, auch die Bevölkerung informiert werde.

Herr Hahn erklärt auf Nachfrage von Frau von Nollendorf, dass die Einrichtung am Berghäuschensweg in den nächsten Tagen mit 30 Personen belegt werde. Da die Stadt Neuss ein Aufnahmedefizit von 170 Personen habe, werde diese Einrichtung in kurzer Zeit voll belegt sein.

Nach Auffassung von Herrn Hahn wird die Zuwanderung auf einem hohen Niveau bleiben. Gemeinsam müsse die Frage des Wohnraumbedarfs geklärt werden, ggf. müssten neue Aspekte im Vordergrund stehen. Wohnraumschaffung müsse einen höheren Stellenwert haben.

Herr C. Thiel fragt, ob die Gebäude für die Unterbringung der Asylbewerber auch im Winter gebaut werden könnten? Er hätte sich gewünscht, dass man schon weiter sei.

Herr Hahn antwortet, dass er hoffe, dass die Beschaffung der Container nicht europaweit ausgeschrieben werden müsse. Ansonsten würde dies die Entwicklung des Standortes unnötig verzögern. Allerdings sollte man die Container auch nicht zu früh ordern. Am Nordparkbad werde eine jährliche Miete mit einem höheren sechsstelligen Betrag entstehen. Daher sollten Container rechtzeitig aber nicht zu früh bestellt werden. Die Kosten solle man nicht vergessen.
Neben der Schaffung neuer Containereinrichtungen werde demnächst auch ein Bürogebäude mit rd. 100 Personen belegt. Man sei in der Endphase der Verhandlungen.

Frau Föhr fragt, ob man z.B. am Berghäuschensweg zusätzlich Personen hätte aufnehmen können, um z.B. den Städten wie Dormagen, die kurzfristige Zuweisung zu ersparen?

Herr Hahn antwortet, dass das Land NRW dies nicht zulasse. Es solle u.a. verhindert werden, dass Städte unter Druck gesetzt werden könnten.

Herr Temel informiert, dass die Verwaltung vom Integrationsrat mit der Prüfung beauftragt worden sei, ob freies WLAN in den Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden könnte, damit die Menschen, vor allem im kommenden Winter, den Kontakt zur Heimat und den Angehörigen einfacher aufrecht erhalten könnten. Auch der Sozialausschuss solle einen entsprechenden Beschluss fassen.

Frau Kilb entgegnet, dass der Prüfauftrag vom Integrationsrat der Verwaltung erteilt wurde. Dies müsse nicht mehr durch den Sozialausschuss wiederholt werden.

TOP 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer mit Duldung
IR 33-2015

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Diskussion
Herr Murmann erläutert die rechtlichen Vorgaben anhand der Vorlage.

Auf Nachfrage von Frau Beyen, wie ein Arbeitgeber erkennen könne, ob man eine Person beschäftigen dürfe, erklärt Herr Murmann, dass die Beschäftigungsrechte in den Papieren eingetragen seien.

TOP 9 **Künftiger Standort Seniorenforum Neuss**
SOZ 16-2015

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Diskussion
Herr Oebel führt aus, dass es seinerzeit 3 Vorschläge für den neuen Standort des Seniorenforums gegeben habe. Priorität hatte die Unterbringung im Bürgeramt, welches umgebaut werden soll. Die Planung des Umbaus habe gezeigt, dass aus Platzgründen dort die Unterbringung nicht möglich ist. Die Vor- und Nachteile für die verbleibenden zwei Vorschläge würden in der Vorlage detailliert erläutert. Die Verwaltung schlage die Unterbringung im Rathaus Promenade vor. Das Haus werde derzeit renoviert. Das komplette Sozialamt werde dort untergebracht und auch das Seniorenforum könnte dort mit adäquatem Ambiente untergebracht werden.

Auch Frau Kilb kann sich diesen Standort gut vorstellen. Ihr sei das adäquate Ambiente wichtig. Dies sei zwar von der Verwaltung zugesagt, finde sich aber nicht in der Modellbeschreibung.

Herr Temel befürwortet eine Beteiligung von Frau Kilb bei der Gestaltung des Seniorenforums. Für die SPD-Fraktion erklärt er, dass diese einen Standort außerhalb des Rathauses bevorzuge. Die Verwaltung solle konkrete Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten an anderen Standorten vorlegen. Ein einfacher Zugang sei für die Senioren wichtig.

Frau El Boustami gegrüßt die Einrichtung der neuen Stelle für die Netzwerksarbeit. Man müsse die weitere Entwicklung der Einrichtung im Auge behalten.

Auf die Frage der Barrierefreiheit des Standortes im Rathaus Promenade antwortet Herr Oebel, dass der Umbau die Barrierefreiheit beinhalte. Der barrierefreie Zugang sei von der Promenadenstraße aus möglich. Nach dem Umbau soll das Gebäude das Signet „Neuss barrierefrei“ erhalten.

Herr Kullick erklärt, dass er sich das Seniorenforum an diesem Standort nicht vorstellen könne. Er empfinde die „halbe Etage“ schon als Barriere.

Herr Hahn ergänzt, dass es immer bessere Lösungen gebe. Es sei wichtig, mit der neuen Konzeption an den Start zu gehen. Die zusätzliche Kraft habe mit der Arbeit begonnen. Er plädiert dafür am Standort Promenadenstr. zu beginnen und die Entwicklung zu beobachten. Kurzfristig sei auch kein geeignetes Ladenlokal zu finden.

Frau Kilb ergänzt, dass der Zulauf zu ihrer Sprechstunde am Standort „Meererhof“ nicht größer war, als jetzt im Sozialamt. Sie schlägt nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vor.

Frau Schweers-Wittkowski ist der Auffassung, dass man jetzt die Möglichkeit einer dezentralen Unterbringung nutzen sollte. Ein Standort ggf. in der Nähe der Verbraucherzentrale könnte sinnvoll sein.

Herr Kullick gibt zu bedenken, dass das Sozialamt auf Grund der Flüchtlingssituation mehr Personal benötigen werde und damit auch die Räumlichkeiten des Seniorenforums brauchen werde.

Herr Oebel erklärt, dass man auch den Kosten/Nutzeneffekt im Auge behalten müsse. Die kalkulierten Kosten für ein Ladenlokal seien vom Amt für Wirtschaftsförderung ermittelt worden. Ein Mietpreis von 3.000 € pro Monat liege am unteren Level. Im Hauptstraßenzug, der 1a Lage, seien die Kosten wesentlich höher. Auch stünden derzeit im Hauptstraßenzug keine geeigneten Objekte zur Verfügung. Auch Herr Oebel ist der Auffassung, dass zuerst einmal mit der Beratungs- und Netzwerkarbeit begonnen werden sollte. Standorte könnten verändert werden.

Herr Sahnen pflichtet Herrn Oebel bei. Der Einstieg in die Quartiersarbeit sei wichtig und ggf. könnten sich dann ganz andere Möglichkeiten oder Erfordernisse ergeben.

TOP 10

Sozialmonitoring - Aktueller Sachstand Fortschreibung 2013
SOZ 17-2015

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Verabschiedung von Herrn Oebel
Herr Oebel, der Leiter des Amtes für Soziales, Wohnen und Rettungswesen wird am 30.09.2015 in den Ruhestand versetzt. Daher war dies für ihn, in seiner Funktion als Amtsleiter, die letzte Teilnahme an einer Sitzung des Sozialausschusses.

Herr Kullick verabschiedet Herrn Oebel und wünscht ihm im Namen aller Mitglieder des Sozialausschusses für die neue Zeit die vor ihm liegt, alles Gute. Der gesamte Sozialausschuss bedankt sich für die langjährige vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

Ausschussvorsitzende/r	**Ausschussmitglied**	**Schriftführerin**
Karlheinz Kullick	Heinz Sahnen	Imke Kronhof